

Christian Möller

„Aufbruch zur Ortsgemeinde“

Vortrag vor dem Hannoverschen Pfarrvereinstag 2010
am 8.3.2010 im Ökumenischen Kirchenzentrum Hannover-Mühlenberg

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Brüder und Schwestern,

aus dem Badener Land komme ich und bringe Ihnen zuerst eine Geschichte von Johann Peter Hebel mit, dem eigentlichen Kirchenvater Badens, dessen 250. Geburtstag (10.5.1760) in diesem Jahr vor allem in Süd-Baden gefeiert wird. Die Geschichte passt in ein Ökumenisches Kirchenzentrum, denn sie handelt von der missglückten Bekehrung eines Lutheraners durch einen Katholiken und eines Katholiken durch einen Lutheraner, und sie führt zu einem Merksatz, der uns in unser Thema hineinführen wird:

„Zwei Brüder im Westphäliger Land lebten miteinander in Frieden und Liebe, bis einmal der jüngere lutherisch blieb und der ältere katholisch wurde. Als der jüngere lutherisch blieb und der ältere katholisch wurde, taten sie sich alles Hereleid an. Zuletzt schicke der Vater den katholischen als Ladendiener in die Fremde. Erst nach einigen Jahren schrieb er zum ersten Mal an seinen Bruder. „Bruder“, schrieb er, „es geht mir doch im Kopf herum, dass wir nicht einen Glauben haben, und nicht in den nämlichen Himmel kommen sollen, vielleicht in gar keinen. Kannst du mich wieder lutherisch machen, wohl und gut, kann ich dich katholisch machen, desto besser.“ Also beschied er ihn in den Roten Adler nach Neuwied, wo er wegen einem Geschäft durchreiste. „Dort wollen wirs ausmachen.“ In den ersten Tagen kamen sie nicht weit miteinander. Schalt der Lutherische: „Der Papst ist der Antichrist“, schalt der Katholische: „Luther ist der Widerchrist“. Berief sich der Katholische auf den heiligen Augustin, sagte der Lutherische: „Ich hab nichts gegen ihn, er mag ein gelehrter Herr gewesen sein, aber beim ersten Pfingstfest zu Jerusalem war er nicht dabei.“ Aber am Samstag aß schon der Lutherische mit seinem Bruder Fastenspeise. „Bruder“, sagte er, „der Stockfisch schmeckt nicht giftig zu den durchgeschlagenen Erbsen“; und abends ging schon der Katholische mit seinem Bruder in die lutherische Vesper. „Bruder“, sagte er, „euer Schulmeister singt keinen schlechten Tremulant.“ Den andern Tag wollten sie miteinander zuerst in die Frühmesse, darnach in die lutherische Predigt, und was sie alsdann bis von heut über acht Tage der liebe Gott vermahnt, das wollten sie tun. Als sie aber aus der Vesper und aus dem Grünen Baum nach Hause kamen, ermahnte sie Gott, aber sie verstanden es nicht. Denn der Ladendiener fand einen zornigen Brief von seinem Herrn. „Augenblicklich setzt Eure Reise fort. Hab ich Euch auf eine Tridentiner Kirchenversammlung nach Neuwied geschickt, oder sollt Ihr nicht vielmehr die Musterkarte reiten?“ Und der andere fand einen Brief von seinem Vater: „Lieber Sohn, komm heim, sobald du kannst, du mußt spielen.“ Also gingen sie noch den nämlichen Abend unverrichtersache auseinander, und dachten jeder für sich nach, was er von dem andern gehört hatte. Nach sechs Wochen schreibt der jüngere dem Ladendiener einen Brief: „Bruder, deine Gründe haben mich unterdessen vollkommen überzeugt. Ich bin jetzt auch katholisch. Den Eltern ist es insofern recht. Aber dem Vater darf ich nimmer unter die Augen kommen.“ Da ergriff der Bruder voll Schmerz und Unwillen die Feder: „Du Kind des Zorns und der Ungnade, willst du denn mit Gewalt in die Verdammnis rennen, dass du die selig machende Religion verleugnest? Gestrigs Tags bin ich wieder lutherisch worden.“ Also hat der katholische Bruder den lutherischen bekehrt, und der

lutherische hat den katholischen bekehrt, und war nachher wieder wie vorher, höchstens ein wenig schlimmer.

Merke: Du sollst nicht über die Religion grübeln und düfteln, damit du nicht deines Glaubens Kraft verlierst, ...sondern du sollst deines Glaubens leben und ihn feiern!“ (J.P.Hebel, Das Schatzkästlein des rheinischen Hausfreundes) Das „Feiern“ habe ich am Schluss hinzugefügt, denn es führt Sie zur Pointe meiner folgenden Ausführungen

I. Ort und Nähe

„Ort“ – so belehren uns die Etymologen¹ – heißt ursprünglich „Spitze“. Wenn ein Bergmann „vor Ort“ arbeitet, spitzt sich seine Arbeit auf das Schürfen von Kohle zu. Dann ist er ganz vorn an der Spitze des Bergbaus. So hat auch die Kirche ihre Spitze in den Ortsgemeinden. Hier spitzt sich kirchliche Arbeit auf Nähe bei den Menschen zu. Deshalb heißt auch das alte Wort „Parochie“ so viel wie Nachbarschaft. In der „Par-oikia“ ist die Kirche nahe beim Haus der Menschen. Sie ist „mitten in der Welt, aber nicht von der Welt“, wie es die johanneische Dialektik in Joh. 17 meint.

Wie zu jeder echten Nähe immer auch ein Stück heilsamer Distanz gehört, so ist die Kirche in ihren Ortsgemeinden zwar nahe bei den Menschen, aber nicht einfach ein Teil von ihnen, nicht einfach ein Verein unter anderen Vereinen. Der Kirchturm ist das Symbol dafür, dass die Kirche etwas die Häuser und die Menschen Überragendes hat, eine Senkrechte, eine Himmelsdimension, die in der Waagerechte der anderen Häuser fremd bleibt und nicht einfach in ihr aufgeht. Wie nahe die Kirche in dieser heilsamen Fremdheit bei den Menschen vor Ort ist, wird hörbar, wenn die Glocken vom Kirchturm her läuten. Dann ruft die Kirche alle Menschen am Ort zum Gebet und zum Gottesdienst. Dann sind alle Menschen im Hörbereich der Glocken und d.h. im Kirchspiel dazu eingeladen, ihr Herz zum Himmel zu erheben und von himmlischen Kräften zu zehren, die nicht von dieser Welt sind, aber mitten in dieser Welt bei den Menschen zur Wirkung kommen wollen. Ob die Menschen im Hörbereich der Glocken von dieser Einladung Gebrauch machen oder nicht, kann und soll die Kirche nicht kontrollieren. Sie soll einladen, immer nur einladen und den Heilandsruf Jesu nahe bei den Menschen am Ort zu Gehör bringen: „Kommet her zu mir, alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken.“(Mt 11,28).

Daran schließt sich sofort die andere Einladung, von dieser Erquickung konkret in der Speise des Wortes und in den Gaben von Brot und Wein im Abendmahl bzw. in der Eucharistie Gebrauch zu machen: „Schmecket und sehet, wie freundlich der Herr ist. Wohl denen, die auf ihn trauen!“

Natürlich wird die Kirche in der Gestalt ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch zu den Menschen in ihre Häuser gehen, Einsame und Gefangene besuchen, Kranke pflegen und Sterbende auf ihrer letzten Lebensstrecke begleiten, die Gestorbenen segnen und die Engel für sie herbeirufen, damit sie himmlische Begleitung haben. Im Kommen und im Gehen spitzt sich Kirche also als Ortsgemeinde und als Parochie nahe bei den Menschen zu, am deutlichsten vielleicht, wenn Menschen zur Taufe kommen oder als Kinder gebracht werden und durch die Taufe in den Leib Christi

¹ F.Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, Berlin 1960 (18.Auflg), 525f.

eingegliedert und als „Geheiligte“ in die Gemeinschaft der Heiligen versammelt werden. Heiligen sind mehr als bloß Frau oder Mann, mehr als bloß Jude oder Grieche, mehr als bloß Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, sie sind vielmehr „allesamt einer in Christus Jesus“, wie es in Gal 3, 28 heißt. In diesem Sinn schreibt Paulus seine Briefe an die Gemeinde Gottes in Korinth, Rom oder Ephesus und damit zugleich an die Geheiligten in Christus Jesus an diesem und an jenem Ort. Stets spitzt der Apostel seine Briefe auf ganz konkrete Gemeinden zu, die sich dann auch untereinander verbinden können, wenn es etwa gilt, für die altehrwürdige Gemeinde in Jerusalem Kollekten zu sammeln. Zugleich richtet Paulus seine Briefe niemals bloß an die Männer von Korinth oder an die Juden von Rom oder an die Sklaven von Ephesus, weil ja die durch die Taufe in die Gemeinschaft der Heiligen Versammelten alle geschlechtlichen, nationalen und sozialen Grenzen überschritten haben und eins geworden sind in Christus Jesus.

In diesem Sinn spitzte auch Martin Luther den Neubau der reformatorischen Kirche auf diese Gemeinde in Leisnig oder auf jene in Zwickau zu, je nachdem, welche Gemeinde ihn um Rat fragte oder gar zur Neuordnung vor Ort nach Leisnig einlud. Und wenn dann andere Gemeinden für ihre Neuordnung in Erfahrung bringen wollten, was in Leisnig herausgekommen sei, so riet Luther: „Eine Gemeinde ahme die andere frei nach“ und d.h. ja zugleich: Jede Gemeinde muss herausfinden, wie das Evangelium an ihrem Ort Gestalt gewinnen kann. Einen übergeordneten Reformplan gabs für den Reformator nicht, und als ihm ein solcher Plan für die Neuordnung aller hessischen Gemeinden doch einmal von Landgraf Philipp zur Begutachtung zugeschickt wurde, schrieb Luther am 7.1.1527 zurück:

„Ich bin bisher noch nicht so kühn gewesen, einen solchen Haufen von Gesetzen mit so gewaltigen Worten bei uns einzuführen...Eure Fürstlichen Gnaden sollte zuerst die Pfarren und Schulen mit tüchtigen Personen versehen und zuvor erproben, mit mündlichen Befehlen und schriftlichen Mandaten – und das alles aufs Kürzeste und Notwendigste beschränkt, was sie tun sollen. Und noch viel besser wäre es, wenn die Pfarrer zuerst einer, drei, sechs, neun untereinander eine einheitliche Weise in einem oder drei, fünf, sechs Stücken anfangen, bis sie in Übung und Gebrauch kommen, und danach weiter und mehr, wie sich die Sache wohl selbst geben und überzeugen wird, so lange, bis alle Pfarrer nachfolgen. Dann erst könnte man es in einem Büchlein zusammenfassen. Denn weiß es wohl und habe es auch wohl erfahren, dass die Gesetze, wenn sie zu früh und vor der Gewohnheit und der Übung festgesetzt werden, selten gut geraten. Die Leute sind nicht für das befähigt, was diejenigen für richtig halten, die am grünen Tisch sitzen und mit Worten und Gedanken sich ausmalen, wie es gehen sollte. Vorschreiben und Befolgen ist weit auseinander.“(WA Br 4, 157f. Nr. 1071).

In diesen Briefzeilen kommt geradezu klassisch zum Ausdruck, wie eine reformatorische Neuordnung der Gemeinden aussieht, nämlich nicht von oben her und nicht deduktiv, nicht vom grünen Tisch mit Plänen und Ideen „wie es gehen sollte“, sondern mit erfahrenen, tüchtigen und im Evangelium kundigen Pfarrern und Lehrern, die dieses am Ort erkunden und jenes erproben, um es dann vielleicht mit anderen gemeinsam durchzusprechen, in einem größeren Kreis zu versuchen, bis schließlich alle Pfarrer nachfolgen, so dass man es in einem Büchlein aufschreiben könnte. Das nenne ich Gemeindeentwicklung von unten her, gelassen, frei, am Ort erprobend und ganz das Gegenteil von allen römischen Ordnungen, die von oben und ganz deduktiv vom grünen Tisch her zwanghaft und gesetzlich erfolgen.

War das nicht auch die Stärke der Bekennenden Kirche im Dritten Reich, dass sie nicht auf die zentralistische Ordnung der von oben her nach dem Führerprinzip ausgerichteten Deutschen Evangelischen Kirche setzte, sondern ganz im Gegenteil auf die Kraft einzelner Gemeinden wie Berlin-Dahlem oder Barmen-Gemarke, die sich erst allmählich in Notbünden vernetzten, ihre Kraft aber stets aus der einzelnen Gemeinde vor Ort schöpfte und deshalb auch so schwer für die Staatsmacht zu fassen war!?

Diese zugespitzte, menschnahe und überschaubare Gestalt von Kirche als Ortsgemeinde ist aber neuerdings in der Katholischen wie in der Evangelischen Kirche zum Problem geworden, in der Evangelischen Kirche vor allem wegen Finanzmangel, in der Katholischen Kirche vor allem wegen Priestermangel. Mehr denn je hat die römische Hierarchie das Konzept der Katholischen Kirche wieder in die Hand genommen und droht alle Laien-Ansätze in den Ortsgemeinden zu erdrücken und mit Hilfe von Mittelpunktskirchen die Ausrichtung der Ortsgemeinden auf ihren jeweiligen Bischof zu betonen. Doch auch in der Evangelischen Kirche erscheinen die Ortsgemeinden oft nur noch als Filialen der Landeskirche, seit die Reformation sich zu landesherrlichen Kirchentümern entwickelte, die von oben nach unten regiert werden, es sei denn, dass sich Landeskirchenämter und Superintendenturen als Dienstleister der Ortsgemeinden verstehen und das in ihrer Denk- und Handlungsweise auch zum Ausdruck bringen. Doch genau an dieser Stelle gibt es Zweifel und seit einiger Zeit auch Widerstand in manchen Landeskirchen und ihren Ortsgemeinden.

II. Aufbrüche zur Ortsgemeinde in verschiedenen Landeskirchen

Drei Gruppen ganz verschiedener Art will ich nennen, die sich in einzelnen Landeskirchen zum Widerstand gegen eine Bevormundung von oben her an der Basis formiert haben:

1. Der württembergische Kirchengemeindetag (KGT)

Der württembergische Kirchengemeindetag: 1993 gegründet als e.V., dem inzwischen 700 Mitglieder aus Kirchengemeinden und Kirchenbezirken angehören. Warum war diese Gründung notwendig? Warum hat sie sich für die Kirchengemeinden und –bezirke als Hilfe erwiesen? Weil in Württemberg seit 400 Jahren eine zentralistisch-hierarchische Tradition besteht, die auf Oberkirchenrat und Synode ausgerichtet ist, während die Kirchengemeinde eigentlich nur ein Schattendasein führt. Von Stuttgart als der obersten Instanz wird nach unten hin bis zu den Pfarrämtern als den lokalen Agenturen des Oberkirchenrates gedacht, im Grunde bis heute. Die Landessynode wird in direkter Urwahl gewählt und vertritt die Gesamtheit der Landeskirche und der Kirchenmitglieder. Sie entscheidet auch über den Finanzhaushalt, den der Oberkirchenrat im Entwurf vorlegt. Da spielt die Kirchengemeinde eigentlich gar keine Rolle. Das hat sich mit Hilfe des Kirchengemeindetages(KGT) ein wenig geändert, denn der Oberkirchenrat beteiligt nunmehr den KGT mit beratender Stimme an Fragen, die die Belange des Kirchenbezirks und der Kirchengemeinde betreffen.

Die Anfrage des KGT aber geht weiter und ist grundsätzlicher: Ist nicht in Württemberg die Reformation auf halbem Weg stehen geblieben und dabei vom Regen in die Traufe gekommen? Sie hat sich zwar vom Papsttum und dem hierarchischen System Roms gelöst, ist dann aber den Fürsten und ihren landeskirchlichen Behörden in die Hände gefallen, die wiederum von oben nach unten handelten, während die Devise von Luthers und noch mehr Calvins radikaler Umkehrung hieß: „Dass eine christliche Gemeinde Recht und Macht habe, ihre Lehrer ein- und abzusetzen“. Die Fürsten sind inzwischen nicht nur in Württemberg verschwunden, das von oben, dem Oberkirchenrat, nach unten hin ausgerichtete System aber ist geblieben, das die Gemeinde zur lokalen Agentur des Oberkirchenrates macht. Wie unbeweglich, defensiv und schwerfällig dadurch viele landeskirchliche Gemeinden im Lauf der Zeit geworden sind, nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht, hat gerade in Württemberg der Altpietismus und noch mehr der offensivere Neupietismus und am meisten die vielen Gemeindeneugründungen von methodistischen, baptistischen, pfingstlichen, charismatischen u.a. Gemeinden mit ihrer Freiheit vom landeskirchlichen System demonstriert. Wie müsste ein Finanzsystem innerhalb der Landeskirche aussehen, das den Kirchengemeinden mehr Hoheit, mehr Freiheit, mehr Spielraum lässt?

2. Der bayrische „Aufbruch Gemeinde“

An dieser Frage entzündete sich im vergangenen Jahr in der Bayrischen Landeskirche ein Aufbruch fränkischer Kirchengemeinden in Nürnberg, der z.Zt. immer weitere Kreise in ganz Bayern und über Bayern hinaus zieht. Ausgehend von der Feststellung, dass die Gemeinden vom Gesamtsteueraufkommen immer weniger bekommen, forderten die Initiatoren des Aufbruchs Gemeinde am 11.10.2008 in Nürnberg: „Das Geld der Kirche soll dort verwaltet und verteilt werden, wo es herkommt: in den Ortsgemeinden. In der lutherischen Kirche Schwedens z.B. gibt es nur Mitgliedsbeiträge an die Ortsgemeinden. Sie bleiben zu 90 % in der Gemeinde. 10% werden an die Gesamtkirche abgegeben. Ob dieser Verteilschlüssel modifiziert werden muss, ist eine sekundäre Frage. Entscheidend ist, dass eine Gemeinde weiß, was ihre Mitglieder an Kirchensteuer aufbringen, und dass man eben nicht mehr ausgeben kann, als man eingenommen hat. Wenn das Geld nicht mehr reicht, wird man an Gemeindeglieder herantreten, die längst keine Kirchensteuern mehr zahlen, und man wird sie um ihren Mitgliedsbeitrag bitten. Dazu ist es freilich als erster Schritt auf dem Weg zu einer Finanzhoheit der Gemeinden notwendig, dass einer Ortsgemeinde vom Landeskirchenamt mitgeteilt wird, wie hoch ihr Kirchensteueraufkommen ist. Das Landeskirchenamt in München bekam nun eine Reihe von Anfragen aus den Gemeinden nach der Höhe ihres Kirchensteueraufkommens.

Das ist aber nur die äußere Seite eines Problems, das sich noch einmal anders zeigte, als der vom Landeskirchenamt nach Nürnberg zur Gründung des „Aufbruchs Gemeinde“ herbeigeeilte Oberkirchenrat einwandte, dass eine große Menge des landeskirchlichen Haushalts in Wahrheit für die Gemeinde ausgegeben würden. In dieser Feststellung stecken die vielen Ausgaben drin, die die Kirchenleitung für Projekte zugunsten der Gemeinden aufwendet wie z.B. das Evangelische München- und Nürnbergprogramm, eine bayrische Kommunikationsinitiative, teure Erwachsenenbildungszentren (wie z.B. der „Eckstein“ in Nürnberg) etc. Wieso dann aber Protest und Aufbruch bei den Gemeinden? Weil diese teuren Maßnahmen der Mentalität einer Betreuungskirche von oben her entsprechen, gegen die sich der

„Aufbruch Gemeinde“ gerade richtet. Zu dieser Betreuungskirche gehört die „Top-Down-Logik“ einer betriebswirtschaftlichen Organisationstheorie, die sich von drei Prinzipien leiten lässt: 1. vom Prinzip der zentralen Steuerung; 2. vom Prinzip der Regionalisierung und Filialisierung der Gemeinden; 3. vom Prinzip der medialen Präsenz als Qualitätsmerkmal kirchlicher Aktivität. Diese Top-Down-Logik mitsamt ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung sitzt so tief, dass sie sich nicht einmal vom Scheitern ihrer Projekte wie etwa des Evangelischen München- und Nürnbergprogramms beirren lässt, die sich als riesenhafte Flops erwiesen haben. Die Kosten werden vielmehr den Gemeindezuweisungen mit zugerechnet, obwohl die Gemeinden selbst an der Planung solcher Projekte, die sie nicht wollten, auch gar nicht beteiligt werden. Die Top-Down-Logik sagt vielmehr: „Das ist gut für euch, Ihr werdet das schon sehen!“ Die Gemeinden sehen aber keinen Nutzen in solchen und ähnlichen Projekten, sondern nur noch weniger Mittelzuweisungen von ihren Kirchensteuern, die tatsächlich zu ihnen zurückkommen. Sie sehen auch keinen Nutzen in der Einrichtung von mehr und immer mehr übergemeindlichen Ämtern, die natürlich auch gut gemeint sind, aber deshalb nicht gut, weil sie wiederum dazu führen, dass für die Gemeinden leider noch mehr und noch mehr Mittel gestrichen werden müssen, so dass es richtig eng und knapp vor Ort wird und der Verdross um so größer.

Der Aufbruch Gemeinde gleicht dem Aufbegehren von erwachsenen Kindern, die die Betreuungsmentalität ihrer Eltern („Wir meinen es doch so gut mit euch!“) leid sind und deshalb Mitsprache in einer Beteiligungskirche fordern, in der von der Gemeinde als Basis der Kirche her gedacht wird. Ob Begriffe wie „Basiskirche“ oder „Beteiligungskirche“ nur schöne Worte sind oder reale Orientierung für kirchliches Handeln, zeigt sich handfest an dem Umgang mit Geld, frei nach einem Diktum Augustins: „Redet mir nicht von euren Werten, sondern sagt mir, wem ihr euer Geld gebt, und ich sage euch, was euch wertvoll ist.“ In diesem Sinn fordert der „Aufbruch Gemeinde“ Auskunft über die Kirchensteuern, die in den einzelnen Gemeinden eingehen und vom Finanzamt gleich nach München abgeführt werden. Eine zentrale Forderung des „Aufbruchs Gemeinde“: Die Verwaltung der Kirchensteuern gehört in die Ortsgemeinden selbst. Das wäre ein erster handfester Schritt für die Durchbrechung einer top-down-Logik zugunsten einer basisorientierten Gemeindekirche, in der den Gemeinden die Kirchensteuerhoheit zukommt. Dann bekämen die Gemeinden auch ein ganz anderes Mitspracherecht bei Projekten und könnten probeweise prüfen, ob diese Projekte tatsächlich die Gemeinde aufbauen und der Kirche vor Ort dienen. Außerdem bekämen auch übergemeindliche Einrichtungen, die von den Gemeinden getragen und finanziert werden, wieder Gemeindenähe.

In diesem Sinn fordert der „Aufbruch Gemeinde“ als ersten und nächstliegenden Schritt zur gegenseitigen Annäherung von Gemeinden und übergemeindlichen Ämtern, dass möglichst jeder übergemeindliche Dienst mit einem begrenzten Gemeindedienst vor Ort verbunden wird. Dadurch könnte auch manche kleinere Pfarrstelle vor Halbierung oder gar Streichung bewahrt werden, wenn der Spezialist oder die Spezialistin zugleich mit einem generalistischen Dienst vor Ort angestellt werden, wie auch der Spezialdienst dann mehr generalistische Bodennähe bekäme. Was also den „Aufbruch Gemeinde“ in Bayern und über Bayern hinaus so verheißungsvoll wie wirkungsvoll macht, ist die Tatsache, dass er der Kirchengemeinde neue Selbstachtung in einer Gemeindekirche verschafft, während sie als Filiale einer von oben her durchorganisierten und gesteuerten Landeskirche

mehr und mehr verkümmern muss, weil sie auf das angewiesen ist, was für sie am untersten Ende einer top-down-Organisation noch übrig bleibt.

3. Der Gemeindebund Berlin-Brandenburg.

Der „Gemeindebund“ ist aus dem Widerstand gegen einen Reformprozess entstanden, den die Landeskirche Berlin-Brandenburg 2007 unter dem Motto „Salz der Erde“ in Gang setzte. Dieser Reformprozess sah für die Gemeinden des Kirchenkreises vor:

„Alle Gemeinden des Kirchenkreises bilden einen einzigen Pfarrsprengel, der aus fünf Großgemeinden besteht. Diese werden von sog. „Grundversorgern“ betreut, die nicht mehr im klassischen Sinn Gemeindepfarrer sind. Sie suchen die Menschen nicht auf. Sie sind an einem zentralen Ort ansprechbar. Die Kirchen sollen fortan „leere Hüllen“ sein, sofern die Ältesten nicht selbst dort Lesegottesdienste halten wollen. Daneben gibt es Pfarrer im Spezialdienst: einen für die Jugend, einen für die Ehrenamtlichen usw. Diese tauchen punktuell auf, nicht in den Dörfern, sondern wieder nur an ausgewählten, zentralen Orten. Vollständige liturgische Gottesdienste mit Orgelmusik etc. soll es nur noch in den Stadtkirchen geben. Die Devise heißt: „Schwerpunktsetzung statt Vollständigkeit“.

Gegen diesen Reformplan gab es im Kirchenkreis Neuruppin ein Minderheitenvotum von zwei Kirchengemeinden, die vor das Kirchenverwaltungsgericht in Berlin zogen und mit ihrem Einspruch gegen die Zwangsfusionierung gewannen. Da aber zu erwarten war, dass die Kirchenleitung mit neuen Gesetzen und anderen Erlassen das geplante Ziel der Kirchenreform dennoch durchsetzen werde, bildete sich am 20.9. 2008 ein „Gemeindebund“ von 29 Gemeinden der Landeskirche, die sich im Widerstand gegen die Auflösung von Ortsgemeinden gegenseitig helfen. Inzwischen ist der Gemeindebund auf 40 Gemeinden angewachsen und versteht sich als „Interessenvertretung der Kirchengemeinden, die da tätig wird, wo Gemeinden in Schwierigkeiten geraten (zum Beispiel durch Zwangsfusionen oder –auflösungen“. Der Gemeindebund versucht ebenso, Partnerschaften zwischen reichen und armen, städtischen und ländlichen Gemeinden aufzubauen und organisiert gegenseitige Gemeindebesuche. Vierteljährliche Versammlungen des Gemeindebundes sind vor allem theologischen Fragen der Ekklesiologie gewidmet, um den Widerstand gegen einen von oben her gesteuerten technokratischen Reformprozess inhaltlich mit theologischer Arbeit an der Basis zu begründen. Das wird an drei Thesen deutlich:

1. Die Fragen der Strukturen und Ordnungen des kirchlichen Lebens werden in den Positionspapieren „Kirche der Freiheit“ und „Salz der Erde“ von den Inhalten der Verkündigung abgekoppelt und als rein technische Fragen verhandelt;
2. Kirchenleitung und Kirchenkreise geben sich das Recht, Gemeinden aufzulösen und zu größeren Einheiten zusammenzufügen – auch ohne die Einwilligung der Betroffenen; dadurch etabliert sich ein hierarchisches Verständnis der Kirche, das dem Geist der Grundordnung (sc. in der EKBBÖ) widerspricht;
3. Die eindeutige Zuordnung von Gemeinde und Amt wird (sc. in der Fusionierung) aufgelöst zugunsten einer kollektiven Zuständigkeit verschiedener Personen für jeweils verschiedene Arbeitsbereiche an wechselnden Orten.

Im Kern wird auch in diesen drei Thesen des Gemeindebundes die top-down-logik des Reformprozesses angegriffen: Indem Struktur- und Ordnungsfragen kirchlichen Lebens von den Inhalten der Verkündigung abgekoppelt werden, können sie als rein technische Fragen in eine top-down-logik eingeordnet und in hierarchischer Manier von oben nach unten gelöst werden. Gemeinden können dann aufgelöst *und* zu größeren technischen Einheiten koordiniert werden. Die inhaltliche Zuordnung von Gemeinde und Amt spielt nun keine Rolle mehr, weil es ja scheinbar nur um eine rein formale, technische Strukturreform geht. Dass es aber zugleich auch um Menschen, um gewachsenes Leben, um ursprüngliche Nähe geht – eben das klagt seit einiger Zeit in Berlin-Brandenburg der Gemeindebund mit wachsendem Erfolg ein.

Mit diesen drei Beispielen für einen Widerstand der Ortsgemeinden heute soll es vorläufig genug sein, obwohl ich die Aktion „Kirche im Dorf“ in der kurhessischen Kirche kurz noch erwähnen sollte, die im nordhessischen Raum sehr erfolgreich und phantasievoll dafür sorgt, dass kleine und kleinste Ortsgemeinden mit ihren bildschönen Kirchen erhalten werden. Dafür arbeiten sie konstruktiv mit dem Landeskirchenamt in Kassel zusammen. Vor allem machen sie die Menschen am Ort für ihre Dorfkirchen mitverantwortlich und helfen dem Kirchenvorstand in solidarischer Kirchengemeinschaft.

Erwähnen sollte ich freilich auch noch, dass es gegenwärtig mehr denn je nicht bloß Aufbrüche, sondern auch Ausbrüche zu freien und selbständigen Ortsgemeinden gibt, und zwar von Menschen, die in den freien Gemeinden Gemeinschaft suchen, welche sie in den immer größer werdenden landeskirchlichen Ortsgemeinden nicht mehr finden können. 300 Mitglieder sind in diesen Gemeinden mit ihrem Zehnten dazu in der Lage, für das Gehalt ihres Pfarrers, für kirchliche Baukosten und für die gesamtkirchliche Verantwortung etwa in der SELK aufzukommen, während in den landeskirchlichen Ortsgemeinden nahezu 3000 Menschen mit ihren Kirchensteuern nötig sind, um für die entsprechenden Lasten aufzukommen.

Wie ist es zu diesem Missverhältnis gekommen? Anders gefragt: Was macht es unter gegenwärtigen landeskirchlichen Verhältnissen so schwierig, zur Ortsgemeinde als einer überschaubaren Gemeinde aufzubrechen?

III. Falsche Alternativen

Ein Aufbruch zur Ortsgemeinde wäre durch schiefe oder gar falsche Alternativen gefährdet und würde in der Sackgasse enden. Drei falsche oder zumindest schiefe Alternativen will ich nennen:

1. Ortsgemeindliche oder übergemeindliche bzw. spezielle Arbeit in der Kirche

Um es gleich vorweg zu sagen: Hier gibt es kein Entweder-Oder! Die Ortsgemeinde ist falsch beraten, wenn sie sich an der Kompetenz des Spezialisten messen lässt – und umgekehrt! Ihre Kompetenz ist generalistischer Art und d.h. sie ist „Kirche der kurzen Wege“ und lebt davon, dass ihr weithin die Haustüren bei Besuchen offen stehen, weil sie nachbarschaftlich strukturierte Kirche ist. Da geht vieles über den

Gartenzaun hinweg und an der Straßenecke oder am Tresen. Einfach, unkompliziert und schnell lässt sich hier vieles lösen! Hier gilt Nähe!

Seelsorgeberatungsstellen, die vielleicht durch Initiative mehrerer Ortsgemeinden übergemeindlich entstanden sind, können ein Segen sein, wenn alkoholabhängige oder in eine andere Sucht gefallene Menschen an so eine spezielle Beratungsstelle überwiesen werden können, weil die Ortsgemeinde überfordert ist. Wie gut ist es dann aber auch für die therapeutische Arbeit in den Suchtberatungsstellen, wenn sie einen halbwegs Genesenen wieder in örtliche AA-gruppen einer Kirchengemeinde zurückgeben und in die alltäglichen Zusammenhänge des Lebens überweisen können, wie sie sich in einer Ortsgemeinde abspielen. Es muss also nicht zu einer Blockade zwischen parochialer und überparochialer Arbeit in der Kirche kommen, wenn beide um ihre Kompetenz, um ihren Ort und um ihre Grenzen wissen. Parochie hat es mit den alltäglichen, nachbarschaftlichen Zusammenhängen der Menschen zu tun, überparochiale Arbeit mit den speziellen Fällen, in die ein Mensch geraten kann, so dass er sich selbst und seiner Umgebung eine Qual wird. Wie gut, dass es beides in der Kirche gibt, die spezielle Beratung und den Alltag einer Gemeinde vor Ort!

Ähnlich ist es mit Menschen im Urlaub, die am Campingplatz auf eine Gemeinde stoßen, welche sich mit Hilfe der Tourismusseelsorge gebildet hat. So eine Kirche auf Zeit kann zur Wiederbegegnung mit Kirche führen, einer freilich noch ganz unbestimmten Kirche auf Probe, in der ich es mit kirchlichen Mitarbeitern zu tun bekomme, die mit mir und vielen anderen Gottesdienst am See feiern, für mich da sind, falls ich sie ansprechen möchte, kurz: Kirche ganz nah und auf Zeit! Wie gut, dass es dann aber auch in den Ortsgemeinden Kirche auf Dauer gibt für Menschen, die im Urlaub wieder auf den Geschmack des Evangeliums gekommen sind und davon zu Hause mehr kosten wollen. Dann wird deutlich, wie beides zusammengehört, die Kirche auf Zeit und bei Gelegenheit, wie auch die Kirche auf Dauer und in Stetigkeit; die Kirche mit Urlaub, Event und Sahnetorte ebenso wie die Schwarzbrotkirche, in der ich vielleicht sogar mit meinem ziemlich schwierigen Nachbarn zusammen auf einer Kirchenbank sitze und das Abendmahl mit ihm feiern und den Friedensgruß gegenseitig zusprechen muss. Gäbe es freilich nur noch die mobile Kirche auf Zeit, die bei Urlaubsevents und bei Gelegenheiten vielleicht präsent ist, so würden Mobilität, Stress und Hektik unserer Zeit durch die Kirche nur noch vermehrt. Die Kirche vor Ort ist ein Gegengewicht, indem sie einfach da ist, den Tagesrhythmus durch ihre Glocken prägt und so eine Stetigkeit für die Lebenden und die Sterbenden schafft, nicht zuletzt auch durch ihren Friedhof. Es kann und soll also durchaus spezielle Angebote der Kirche geben, die aber die Kirche vor Ort nur ergänzen können, weil die Ortskirche als Kirche für alle am Ort das eigentliche Fundament der Kirche ist, das hier und da durch spezielle, zeitlich befristete Angebote ergänzt werden mag. Die Stetigkeit ist der ursprüngliche Sinn der Parochie, die als Gegengewicht zur Unruhe und unstillen Rastlosigkeit in Zeiten der Völkerwanderung entstanden ist, um den Menschen wieder einen Ruhepol für ihr Wohnen und Bleiben an einem Ort zu geben, damit ihr Leben wieder Stabilität und Kontinuität gewinne.

2. „Von der Ortskirche zu den kirchlichen Orten“. Ein Zukunftsmodell, Göttingen 2005.

So heißt der Titel einer viel beachteten Schrift der Kieler Praktischen Theologin Uta Pohl-Patalong. Sie möchte den Blick der Kirche über die Ortsgemeinde hinaus

weiten und auf kirchliche Orte jenseits der Kirchengemeinde lenken wie z.B. Akademien, Kommunitäten, Erwachsenenbildungsorte und andere kirchliche Orte. Hier versammele sich doch auch Gemeinde, feiere auch kleinere oder größere Gottesdienste.

Das Sympathische an diesem „Zukunftsmodell“ ist die kirchliche Vielfalt, die sie in den Blick bringt. Der manchmal sehr enge Kirchturmhorizont einer Kirchengemeinde wird hier kräftig geöffnet, und das kann, zumal in einer Großstadt wie Hannover sehr sinnvoll und entlastend sein, weil nun die Kirchengemeinde sieht: Wir müssen nicht alles am Ort sein und nicht alles erbringen. Es gibt Alternativen für Menschen, die wir nicht auffangen können, und die sich bei uns nicht angenommen fühlen.

Was Uta Pohl-Patalongs „Zukunftsmodell“ von den „kirchlichen Orten“ bedroht, sehe ich in der Gefahr, dass Kirche auf diesem Weg alles und nichts mehr Verbindliches wird, weil die vielen kirchlichen Orte keine Mitte mehr, kein Integral haben, das sie zusammenhält. Da bleibt dann Kirche für alles Beliebige übrig. Eine solche Kirche hätte mit der Zuspitzung auf die Ortsgemeinden als der Basis der Kirche ihre Spitze verloren und würde stumpf.

An das „Zukunftsmodell“ von Uta Pohl-Patalong stellt sich also m.E. die kritische Frage, ob es nicht in eine Zukunft führt, bei der zumindest die Kirche eine sehr luftige, unverbindliche Idee oberhalb aller möglichen „kirchlichen Orte“ würde, aber als der Leib Christi am Ort verblasste. Ich machte ja anfangs bereits darauf aufmerksam, wie der Apostel Paulus das Evangelium leibhaftig auf so bestimmte Gemeinden wie der Gemeinde von *Korinth* oder der von *Rom* oder der von *Ephesus* zuspitzte. Wenn daraus im 4. und 5. Jahrhundert sog. „Parochien“ wurden, und d.h. nachbarschaftlich organisierte Gemeinden am Ort, so hatte das wiederum seinen Grund in der Leiblichkeit des Evangeliums, das mit allen am Ort gefeiert sein wollte. Und als sich die abendländische Gesellschaft im 6. und 7. Jh. in Völkerwanderungen schier aufzulösen drohte, waren es gerade die fest geordneten Parochien, die gegen die Selbstauflösung der Gesellschaft einen Halt am Ort boten, so dass Karl der Große vor allem mit den Parochien das karolingische Reich aufbauen konnte. Wer diese Entwicklung der Kirchengeschichte weiter bis in unsere Zeit verfolgt, der wird mühelos erkennen, dass die Parochie die älteste, härteste und sperrigste Organisationsform einer Kirche ist, die das Evangelium in seiner Leiblichkeit mit allen am Ort feiern will und deshalb auch alle am Ort durch das Geläut der Glocken einlädt, Gottes Gegenwart in Taufe, Predigt und Abendmahl mitzufeiern mit einer gemischten Gesellschaft von Gerechten und Sündern, von Heiligen, Unheiligen und Scheinheiligen.

Das bringt mich nun keineswegs zu einem Plädoyer für ein kirchliches Monopol der Ortsgemeinde. Ich bin froh, dass es auch andere ergänzende Sozialformen der Kirche gibt. Ich bin ebenso froh, dass es neue ergänzende Formen von kirchlicher Arbeit gibt. Die Ortsgemeinde aber sehe ich nach wie vor und vielleicht sogar mehr denn je als die nachbarschaftliche Basis-Gestalt der Kirche, die zugleich die „integrativste Sozialform der Kirche“² ist. Das ist sie um so mehr, je mehr sie als offene und nicht als geschlossene Parochie verstanden wird und d.h. wenn sie sich die Ergänzung durch andere Formen der kirchlichen Arbeit und der überparochialen

² Vgl. Günther Thomas, 10 Klippen auf dem Reformkurs der Evangelischen Kirche in Deutschland. Oder: Warum die Lösungen die Probleme vergrößern, *EvTheol* 67, 2007, 361-387, ebd. 365.

Arbeit nicht nur gefallen lässt, sondern sich mit diesen anderen Formen zugunsten der Menschen am Ort verbündet.

3. Ortskirche oder regionale Kirche

Auch diese Alternative scheint mir in eine Sackgasse zu führen: Die Ortskirche, die sich von der umliegenden Region abschottet, wird sehr schnell in ihrem eigenen Saft schmoren und sich auf einen ganzen engen Kirchturmhorizont beschränken, mit dem sie immer beschränkter wird. Umgekehrt wird auch die Regionalkirche ohne die Ortskirche stumpf und abstrakt, weil sie ja mit dem Ort ihre Spitze verliert und ohne eine gewachsene Nähe wohl kaum mehr gemeinschaftsfähig wäre. Was aus derart fusionierten und dann bald regionalisierten Orten wird, hat der Journalist Christian Nürnberger am Beispiel seines Heimatdorfes anschaulich beschrieben:

Wenn ich das Wort „Regionalisierung“ höre, dann erinnere ich mich an die Gebietsreform in Bayern vor rund 30 Jahren. Ich wohnte damals in meinem fränkischen Dorf, und das war politisch eine selbständige Gemeinde mit einem eigenen Bürgermeister und Gemeinderat, die von den Dorfbewohnern direkt gewählt wurden. Durch diese politische Selbständigkeit herrschte in dem Dorf eine Verwaltung der kurzen Wege. Hatte man ein neues Auto anzumelden, ging man zu Fuß zum Bürgermeister, holte sich die Nummernschilder ab, und abends brachte einem der Bürgermeister den KfZ-Brief und den Schein persönlich vorbei. Samstag kehrte man die Strasse. Wenn irgendwo ein Wasserbruch war, wusste man sofort, wer ihn schnellstens beheben kann. Wenn eine Dorflaterne nicht brannte, sagte man es abends dem Bürgermeister oder Gemeindediener im Wirtshaus, und am nächsten Morgen wurde die Lampe ausgetauscht. Wenn dem Zaun ums Feuerwehrhaus eine Latte fehlte, hat sie derjenige, dem das Fehlen auffiel, einfach wieder eingesetzt. Kurz und gut: Man fühlte sich in seinem Dorf für das Dorf verantwortlich.--- Dann kam die Gebietsreform, das Dorf wurde Stadtteil und Vorort, und plötzlich fühlten sich die Leute nicht mehr so verantwortlich für ihr Dorf, denn dafür war ja jetzt die Stadt zuständig. Man kehrte samstags nicht mehr die Strasse, weil alle zwei Wochen die Kehrmaschine der Stadt kam. Wenn die Dorflaterne nicht mehr brannte, brannte sie längere Zeit nicht mehr, weil niemand genau wusste, wo in der Stadt man anrufen sollte, und außerdem wars ja wurscht, das ging einen jetzt ja nicht mehr so viel an, weil es ja jetzt eine Angelegenheit der Stadt ist.“

Nürnberger überträgt diese Beobachtung aus Zeiten staatlicher Regionalisierungswut in die Zeit, da ähnliche Geister die Kirchenplaner erfasst haben:

„Und nun will auch noch die Kirche die Dörfer verlassen, will die vor 30 Jahren gemachten Fehler wiederholen und kommt sich dabei modern vor. Es ist aber nicht modern, wenn jetzt jede einzelne Gemeinde ihre Existenzberechtigung nachweisen muss. Wenn irgend jemand in der Kirche keines Nachweises seiner Existenzberechtigung bedarf, dann ist das die Gemeinde. Und wer zu beweisen hat, dass seine Existenz für die Kirche unbedingt nötig ist, das sind Regionalbischöfe, Bischöfe, Landeskirchenämter und Stabsstellen für Öffentlichkeitsarbeit. Die Urkirche hat sich aus Gemeinden entwickelt und ist bestens ausgekommen ohne all diese Häuptlinge und Wasserkopf-Bükratien. Die Kirche kann auf Landeskirchenämter und Stabsstellen für Öffentlichkeitsarbeit und auf vieles andere verzichten, aber nicht auf Gemeinden. Und darum halte ich es für grundverkehrt, bei den Gemeinden zu sparen und das eingesparte Geld für neue Planstellen in den Landeskirchenämtern

zu verpulvern. Wenn gespart werden muss, dann muss oben angefangen werden, nicht unten.“

Natürlich übertreibt und überzieht Nürnberger in seinen kirchlichen Konsequenzen. Er bringt aber zumindest die Gefahr in den Blick, die bei Fusionen und daraus entstehenden Regionalisierungen von Ortsgemeinden droht, dass nämlich gewachsene Nähe zerstört und verloren geht. Die Menschen ziehen sich dann schweigend zurück oder wechseln zu selbständigen Gemeinden über, die ihnen Gemeinschaft und Nähe bieten.

Zurück bleiben frustrierte Pfarrerinnen und Pfarrer, die in Reißbrettgemeinden zu arbeiten haben und sich vergeblich abmühen, den Menschen nahe zu sein und das Evangelium in einer leiblichen Gestalt wachsen zu lassen.

Stattdessen braucht es beides, Ortskirche und eine regionale Gestalt von Kirche, die dazu hilft, dass eine Gemeinde die andere ergänzen, bereichern oder besuchen kann, dass regionale Kirchentage stattfinden und Menschen über den Tellerrand ihrer Gemeinde hinwegsehen können.

IV. Vier Konkretionen von Ortsgemeinde

Ich will zum Schluss vier Konkretionen von Ortsgemeinde beschreiben, in denen sich Kirche als konkrete Gemeinde vor Ort zuspitzt:

1. Ortsgemeinde kann etwa das heißen, was am 20.11.2008 in der ZEIT Nr.48 unter der Schlagzeile „Mit der Bibel zu Lidl“ berichtet wurde: Ein Pastor auf St Pauli hilft den Angestellten eines Discounters, erstmals einen Betriebsrat zu wählen. Gefragt, welche Bedeutung Lidl auf St. Pauli habe, antwortet der Pastor: „Lidl macht den Stadtteil satt. Da gehen sehr viele Leute hin, die wenig Geld haben“. Auf die Bemerkung des Reporters: „Die sind aber nicht alle in der Kirche...“ antwortet der Pastor: „Wir verstehen uns als Kirche für den ganzen Stadtteil. „Tu deinen Mund auf für die Stummen“, das sei eine Weisheit Salomos.

Hier öffnet sich die Ortsgemeinde in der Person des Pfarrers und wird zum Sprecher für die Stummen des Stadtteils. Genau das war, ist und bleibt auch der Sinn von Ortsgemeinde, der sich durch netzwerkartige Angebote und Profildgemeinden nicht ersetzen, vielleicht aber ergänzen lässt, dass die Ortsgemeinde die nachbarschaftliche Gestalt der Kirche ist, die bei den Menschen konkret am Ort, Im Kiez oder im Stadtteil bleibt und für sie notfalls auch zur Sprecherin wird.

2. „Wie wollen wir wohnen?“ fragt Klaus Dörner, langjähriger Professor für Sozialpsychiatrie in Gütersloh und Herdecke, in seinem vor der Akademie in Hofgeismar 2008 gehaltenen Vortrag über „Leben mit psychischer Krankheit im ländlichen Raum“. In diesem Zusammenhang kommt er auf die „Kirchengemeinde als 3. Sozialraum“ zu sprechen:

„Für das Mobilisieren des bürgerschaftlichen Engagements braucht man in der ganzen Menschheitsgeschichte eigentlich immer eine besondere geografische Größenordnung. Das liegt zwischen dem Sozialraum des Privaten und dem Sozialraum des Öffentlichen. Wir haben hundert Jahre lang gedacht, es gäbe nur

diese beiden - privat und öffentlich, das haben wir als Schüler alle gelernt -, aber vergessen, dass es dazwischen - ich nenne das mal einen „3. Sozialraum“ - auch immer gegeben hat, selbst in den letzten hundert Jahren, wo der fast ausgetrocknet war. Der 3. Sozialraum ist das, was man früher Nachbarschaft genannt hat, jetzt organisationell Stadtviertel, Stadtteil, Dorfgemeinschaften auf dem Lande. Größenordnungen auf dem Lande von 1000 bis 2.000, auch mal 5.000 Einwohnern, in der Stadt 5.000 - 10.000, kann auch mal 20.000 sein, so in dieser Größenordnung. Warum? Nur wenn man als nichts ahnender unschuldiger Bürger aufgefordert wird, genau in diesem Bereich sich für andere, fremde Menschen zu engagieren, gibt es Hoffnung auf Erfolg. Wenn es kleiner ist, das ist die Familie, zählt nicht, da hat man eh seine Pflichten zu erfüllen, gefälligst. Wenn es größer ist, ist's unverbindlich, zu groß. Es ist dieser 3. Sozialraum, der, wenn ich versuche bürgerschaftliches Engagement zu mobilisieren, die größten Erfolgchancen hat. Er ist zuständig - menschheitsgeschichtlich - für drei präzise Funktionen: einmal für den Hilfebedarf mit dem eine Familie überfordert ist, zweitens für hilfebedürftige Singles, die gar keine Familie haben, und zum dritten für alle Prozesse der Integration. Und das ist jetzt nicht nur das Helfen, es betrifft auch die Migranten beispielsweise. Für Integrationsprozesse ist der Privatraum zu klein, der öffentliche zu groß, die spielen sich in diesem schwer überschaubaren, schwer definierbaren Zwischenraum ab. Für den gilt es das Bewusstsein, das Sensorium wieder zu gewinnen. Wir brauchen ein Sinnesorgan für die Chancen – die Grenzen auch, aber vor allem für die Chancen, die Ressourcen des 3. Sozialraums. Beginnen müsste das Ganze natürlich, indem die Schulcurricula für unsere Kinder geändert werden, weil die alle lernen müssen, dass sie nicht in zwei, sondern in drei Sozialräumen leben.

Und jetzt sehe ich, dass durch die Kirchenpolitik mutwillig das Engagement von Kirchengemeinden zerschlagen wird, obwohl Kirchengemeinden die ideale Größenordnung haben, weil sie fast deckungsgleich sind in ihrem Einzugsbereich mit dem, was die Wirksamkeit eines 3. Sozialraums ausmacht. Wo nämlich, wenn ich als Bürger gefragt werde, ob ich mich allgemein für alle psychisch Kranken engagiere, ich sage: Bei euch piept's wohl! Weil, das ist ein Fass ohne Boden. Wenn ihr mir aber sagt: Nein, es sind nur die psychisch Kranken oder nur die Dementen gemeint, die da leben, wo du auch lebst, in deinem Viertel, in deiner Dorfgemeinschaft, - dann werden Sie sehr viel wahrscheinlicher zur Antwort bekommen: Das ist doch ganz was anderes, warum hast du das nicht gleich gesagt! Für „die“ psychisch Kranken interessiere ich mich einen Dreck, die kann man von mir aus auf den Mond schießen. Aber unsere psychisch Kranken, die dort leben, wo ich lebe, das ist was völlig anderes, das hat mit „den“ psychisch Kranken nichts zu tun; da bin ich natürlich dabei, wenn ich schon gefragt werde - und gefragt werden will ich -, da bin ich bereit, mich in einem gewissen Umfang zu engagieren.

So haben 2000 Jahre lang die Kirchengemeinden auch funktioniert und dann kam über die Industrialisierung die tolle Idee, das wäre unrationell. Gottesdienst und Menschendienst gemeinsam, das sei nicht rationell, das sollte man arbeitsteilig auseinandernehmen: den Menschendienst aus den Kirchengemeinden herauslösen, in möglichst große, rationell zu betreibende Einrichtungen verlegen, so dass sich dann die Kirchengemeinde gewissermaßen auf ihr Kerngeschäft konzentrieren kann, Gottesdienst pur, ohne diese lästigen Lasten des Menschendienstes. Nur noch Gottesdienst, ist doch viel schöner, viel bequemer, nicht so anstrengend. Längere Zeit schien das aufzugehen, bis die Leute jetzt dahinter gekommen sind, dass das nicht geht und dass das vor allem in höchstem Maße unbiblisch, geradezu

antibiblich ist. Das oberste Gebot des Alten wie des Neuen Testaments ist die Einheit von Gottes- und Menschenliebe. Und wehe, man löst diese Einheit entweder zur einen oder zur anderen Seite auf, dann hat es mit der Bibel nichts mehr zu tun.“ Man ahnt bei diesem Vortrag, was aus einer Ortsgemeinde wird, wenn sie ihre diakonische Dimension als 3. Sozialraum zurückgewinnt.

3. Ich füge noch das Beispiel eines bayrischen Unternehmers hinzu, den ich auf dem Podium der letzten Jahresversammlung des „Aufbruchs Gemeinde“ in Nürnberg erlebt habe. Er berichtete von seiner evangelischen Ortsgemeinde in Oberbayern, die er mitleitet. Sie wachse seit längerer Zeit nicht nur zahlenmäßig und finanziell, sondern vor allem auch geistlich. Die geistliche Qualität habe sich in dem Logo der Kirchengemeinde niedergeschlagen, das die Zielvorstellung dieser Gemeinde zum Ausdruck bringe. Es laute kurz und bündig: „GOTT FEIERN“. Das sei aber nicht nur ein schönes Logo, sondern ziehe sich tatsächlich wie ein roter Faden vom Gottesdienst her durch alle Bereiche der Gemeindegemeinschaft. Gottes Gegenwart werde vor Ort nahe bei und mit den Menschen gefeiert. Hier gilt also nicht mehr das unausgesprochene Motto vieler Kirchengemeinderäte: „Wo zwei oder drei in Kirchengemeinschaft Namen versammelt sind, da ist ein Problem in ihrer Mitte!“ Es gilt vielmehr, dass die Kirchengemeinde in allen ihren Bereichen und Kreisen Gottes Gegenwart feiert. Hier hat nicht die Sorge die Herrschaft: „Wie kommen wir bei den Leuten an?“. Es gilt vielmehr: „Hier wird Gott um Gottes willen gefeiert!“

Mit diesem Beispiel möchte ich Sie nicht zu dem Entschluss bringen: „Auf nach Bayern!“, sondern eher zu der Frage: „Geht das nicht auch in Hannover?!“

Zur Antwort auf diese Frage lese ich Ihnen zum Schluss eine Mail vor, die ich im November 2009 bekam: „Wir, die Jugendlichen der Martin-Luther-Kirchengemeinde Schönhagen, wenden uns an Sie, weil wir uns große Sorgen um die Zukunft unserer Gemeinde machen. Wir brauchen Ihre Hilfe, damit wir in Schönhagen immer einen Pastor haben. – Die evangelisch-lutherische Martin-Luther-Kirchengemeinde Schönhagen ist eine kleine, aber sehr lebendige Gemeinde in Südniedersachsen im Gebiet der Hannoverschen Landeskirche. Wir Jugendlichen durften und dürfen so viel Segensreiches in dieser Gemeinde und mit unserem Pastor erleben. Im Konfirmandenunterricht, während unserer Konfirmandenfreizeiten, im Jugendbibelkreis, in der Jugendgruppe, als Mitarbeiter der Gemeinde, im Gottesdienst und bei vielen anderen Veranstaltungen erfahren wir immer wieder, dass Jesus Christus für uns da ist und nur er uns etwas geben kann, was unser Leben trägt. Wir erleben so vieles, was uns in unserem Glaubensleben prägt, wunderbare Erlebnisse und Begegnungen, Gebete und Gespräche. Das ist bei uns möglich, weil ein Pastor vor Ort ist, der sein Leben und seinen Glauben mit uns Jugendlichen teilt und feiert, ein Pastor in unserer Mitte, der jederzeit für uns da ist. Mit unseren Sorgen, Fragen und Problemen, aber auch mit unseren Freuden finden wir immer ein offenes Ohr im Pfarrhaus. Wir erleben unsere Kirchengemeinde als einen Ort, an dem Jesus Christus wirklich gegenwärtig ist, an dem wir ernst genommen werden und an dem wir Orientierung und Halt finden. Wir wollen dabei mithelfen, dass auch Jugendliche nach uns dies erleben können. Deshalb brauchen wir Ihre Unterstützung-

Das Problem: Unsere Gemeinde hat mit 1300 Gemeindegliedern nur noch eine halbe Pfarrstelle. Ein Förderverein und seit 2003 auch eine neu gegründete Stiftung „Kirche im Dorf“ helfen bei der Finanzierung, damit wir eine volle Pfarrstelle haben. 370.000

Euro Kapitel hat die Stiftung in sieben Jahren schon eingeworben. Wir brauchen mittelfristig 700.000 Euro Kapital, damit wir aus den Erträgen verlässlich eine volle Pfarrstelle sichern können. Bitte helfen Sie uns, dass unsere Gemeinde auch in Zukunft so lebendig bleibt, dass Jugendliche – aber auch Kinder, Erwachsene und ältere Menschen- weiterhin Gottes Gegenwart an diesem Ort feiern können.“

GOTTES GEGENWART AN DIESEM ORT FEIERN – darauf kommts an, wenn es um einen „Aufbruch zur Ortsgemeinde“ geht und Kirche konkret wird.